

ddp

Meldung vom 2009-06-24 14:35:00

(Berichtigte Neufassung zu ddp 0395 pl) Bündnis fordert die Abschaffung der Optionspflicht bei Eingebürgerten

Soziales/Einwanderung/Optionszwang/Heil/BER/NEU/

Berlin (ddp). Ein breites Bündnis von Vertretern aus Politik, Justiz, Gewerkschaften und Wissenschaft hat die Abschaffung des Optionszwangs im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht gefordert. Es sei ungerecht, wenn Deutsche aufgrund der unterschiedlichen Herkunft ihrer Eltern durch den Optionszwang mit der Frage nach ihrer Loyalität konfrontiert werden, sagte die ehemalige Integrationsbeauftragte des Bundes, Marieluise Beck (Grüne), am Mittwoch in Berlin zum Auftakt einer gemeinsamen Kampagne unter dem Motto «Wider den Optionszwang.» Zudem schaffe die Optionspflicht eine Basis des Misstrauens im Verhältnis zwischen dem Staat und seinen eingebürgerten Bürgern, fügte die Grünen-Politikerin hinzu.

Die seit dem Jahr 2000 geltende Optionsregelung sieht vor, dass Kinder nichtdeutscher Eltern, die mit ihrer Geburt auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben, sich nach der Vollendung des 18. Lebensjahres zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden. Dagegen müssen sich Heranwachsende mit einem deutschen Elternteil oder mit Eltern, die Staatsbürger eines EU-Staates oder aus anderen Gründen Doppelstaatler seien, dem Optionszwang nicht unterwerfen, betonte Beck. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach zufolge ist Letzteres der Fall bei mehr als der Hälfte aller Einbürgerungen in Deutschland.

Nach Angaben von Axel Schulte, Professor an der Universität Hannover, werden es allein in diesem Jahr etwa 5000 Menschen sein, die vor dieser Entscheidung stehen. Dabei sei der Optionszwang nur ein politischer Kompromiss für die 1999 gelungene Einführung des Geburtsrechts gewesen, sagte die ehemalige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen und kritisierte die Optionspflicht als eine «eklatante Ungleichbehandlung gegenüber den Doppelstaatlern.»

Unterdessen seien die Forderungen des Bündnisses bei den politischen Parteien mit Ausnahme der CDU auf breite Unterstützung gestoßen, sagte Jürgen Micksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rates in Deutschland. Nach den Worten von SPD-Generalsekretär Hubertus Heil unterstützt die SPD den Aufruf: «Wir wollen ebenso, dass Kinder, die in Deutschland geboren sind und deren ausländischen Eltern ihren Lebensmittelpunkt seit langem bei uns haben, automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen - und sie auch behalten.»

Zu den Unterzeichnern des Aufrufes gehören unter anderem der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU), der Schriftsteller und

Publizist Navid Kermani sowie der Vorsitzende der türkischen Gemeinde
in Deutschland, Kenan Kolat.

(wider-den-optionszwang.de)

ddp/prp/ple

241435 Jun 09

dpa

Meldung vom 2009-06-24 13:58:00

(Zusammenfassung 1400) Kampagne für doppelte Staatsangehörigkeit
Migration/Staatsangehörigkeit/

Berlin (dpa) - Gewerkschaften, Verbände und Wissenschaftler haben eine Kampagne für die doppelte Staatsangehörigkeit gestartet. Sie forderten, das Optionsmodell abzuschaffen, das Migrantenkinder zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr zur Entscheidung für eine Staatsangehörigkeit zwingt. «Der Optionszwang war ein Geburtsfehler des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000», sagte der Vorsitzende des Interkulturellen Rats, Jürgen Micksch, am Mittwoch in Berlin. Auch die Migrationsbeauftragte der früheren rot-grünen Bundesregierung, Marieluse Beck (Grüne), trat dafür ein, den damals gemachten Fehler zurückzunehmen.

Das Optionsmodell war ein Zugeständnis von Rot-Grün an die Union, um das Geburtsortsrecht durchzubekommen. Davor bestimmte sich die Staatsangehörigkeit von Kindern nach der Abstammung. Jetzt werden hier geborene Ausländerkinder in der Regel automatisch Deutsche, behalten zugleich die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern, müssen später aber eine Staatsangehörigkeit aufgeben. Für vor dem 1. Januar 2000 geborene Kinder gilt eine Übergangsregelung, die jetzt zu greifen beginnt. Haben die Eltern unterschiedliche Staatsangehörigkeiten, behalten ihre Kinder den Doppelpass auf Dauer.

Das DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sprach von einem Anachronismus. Bei rund der Hälfte aller Eingebürgerten werde die doppelte Staatsangehörigkeit akzeptiert. «Für alle, die hier geboren sind, muss klar sein, dass sie dazugehören - und zwar ohne Wenn und Aber.» Der Vorsitzende der türkischen Gemeinden in Deutschland, Kenan Kolat, nannte die integrationspolitischen Konsequenzen fatal. Der Hannoveraner Politikwissenschaftler Axel Schulte kritisierte das Optionsmodell als Integrationshindernis.

Die SPD unterstützt den Aufruf des Interkulturellen Rates. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sollten die deutsche Staatsbürgerschaft behalten. «Sie sind Kinder unseres Landes», erklärte SPD-Generalsekretär Hubertus Heil. Den Aufruf «Wider den Optionszwang» haben führende Migrationsforscher wie Klaus J. Bade, Dieter Oberndörfer und Michael Bommes unterzeichnet. Auch der Präsident des Diakonischen Werks der EKD, Klaus-Dieter Kottnik, und die frühere Vorsitzende der Zuwanderungskommission, Rita Süßmuth (CDU), gehören zu den Erstunterzeichnern.

(Internet: www.wider-den-optionszwang.de)

dpa nk yydd z2 as

241358 Jun 09

dpa

Meldung vom 2009-06-24 16:02:00

(Zusammenfassung 1600 - neu: weitere Reaktionen) Kampagne für doppelte Staatsangehörigkeit

Migration/Staatsangehörigkeit/

Berlin (dpa) - Gewerkschaften, Verbände und Wissenschaftler haben eine Kampagne für die doppelte Staatsangehörigkeit gestartet. Sie forderten, das Optionsmodell abzuschaffen, das Migrantenkinder zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr zur Entscheidung für eine Staatsangehörigkeit zwingt. «Der Optionszwang war ein Geburtsfehler des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000», sagte der Vorsitzende des Interkulturellen Rates, Jürgen Micksch, am Mittwoch in Berlin. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), wies die Kritik zurück und lehnte eine Abschaffung ab, für die ihre Vorgängerin Marieluise Beck (Grüne) vehement eintrat.

Das Optionsmodell war ein Zugeständnis von Rot-Grün an die Union, um das Geburtsortsrecht durchzubekommen. Davor bestimmte sich die Staatsangehörigkeit von Kindern nach der Abstammung. Jetzt werden hier geborene Ausländerkinder in der Regel automatisch Deutsche, behalten zugleich die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern, müssen später aber eine Staatsangehörigkeit aufgeben. Für vor dem 1. Januar 2000 geborene Kinder gilt eine Übergangsregelung, die jetzt zu greifen beginnt. Haben die Eltern unterschiedliche Staatsangehörigkeiten, behalten ihre Kinder den Doppelpass auf Dauer.

Das DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sprach von einem Anachronismus. Bei rund der Hälfte aller Eingebürgerten werde die doppelte Staatsangehörigkeit akzeptiert. «Für alle, die hier geboren sind, muss klar sein, dass sie dazugehören - und zwar ohne Wenn und Aber.» Der Vorsitzende der türkischen Gemeinden in Deutschland, Kenan Kolat, nannte die integrationspolitischen Konsequenzen fatal. Der Hannoveraner Politikwissenschaftler Axel Schulte kritisierte das Optionsmodell als Integrationshindernis.

Die SPD unterstützt den Aufruf des Interkulturellen Rates. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sollten die deutsche Staatsbürgerschaft behalten. «Sie sind Kinder unseres Landes», erklärte SPD-Generalsekretär Hubertus Heil. Den Aufruf «Wider den Optionszwang» haben führende Migrationsforscher wie Klaus J. Bade, Dieter Oberndörfer und Michael Bommes unterzeichnet. Auch der Präsident des Diakonischen Werks der EKD, Klaus-Dieter Kottnik, und die frühere Vorsitzende der Zuwanderungskommission, Rita Süßmuth (CDU), gehören zu den Erstunterzeichnern.

Nach Einschätzung Böhmers ist es für eine fundierte Bewertung noch viel zu früh. «Erst im vergangenen Jahr sind die ersten "Optionskinder" volljährig geworden. Ein verlässliches Bild ergibt sich noch nicht.» Das Bekenntnis zu einer Staatsbürgerschaft habe

auch eine emotionale Seite. Das Optionsmodell biete jungen Menschen «die Chance, sich konkret der Frage zu stellen und sich bewusst für die deutsche Staatsangehörigkeit zu entscheiden».

Der AWO Bundesverband sprach hingegen von einer integrationspolitischen Katastrophe. «Was nutzt die ganze wohlfeile politische Rhetorik für Integration, wenn die Ausländerbehörden demnächst von mehr als einer Viertelmillion eingebürgerter Jugendlicher verlangen, sich für ihre deutsche oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern zu entscheiden», kritisierte Vorstandsvorsitzender Rainer Brückers.

(Internet: www.wider-den-optionszwang.de)
dpa nk yydd z2 as

241602 Jun 09

EPD

Meldung vom 2009-06-24 14:43:00

Kampagne zu Reform des Staatsbürgerschaftsrechts gestartet - Aufruf von Gewerkschaften, Kirchen und Politik - (Zusammenfassung - neu: Reaktionen)
Gewerkschaften/Verbände/Integration/ZF/

Berlin (epd). Persönlichkeiten aus Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft und Politik haben eine Kampagne für eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts gestartet. Unter dem Titel «Sie gehören zu uns! Aufruf wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes» werben 27 Unterzeichner dafür, dass sich in Deutschland geborene Kinder von Ausländern nicht mit 18 Jahren für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen. Die Kampagne wurde am Mittwoch in Berlin vorgestellt.

Seit dem Jahr 2000 erhalten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn mindestens ein Elternteil ein Daueraufenthaltsrecht besitzt. Für einen Übergang galt dies auch für Kinder unter zehn Jahren. Seitdem werden qua Geburt jährlich rund 40.000 Kinder ausländischer Eltern Deutsche. Zudem haben sie die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern. Wenn sie volljährig werden, müssen sie sich jedoch für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden, was als Optionspflicht bezeichnet wird.

Die beiden ehemaligen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP) und Marieluise Beck (Grüne), die neben der ersten Ausländerbeauftragten Liselotte Funcke (FDP) zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören, sprachen von einer Ungerechtigkeit, die beseitigt werden müsse. Die Optionspflicht sei 2000 eingeführt worden, um der Union überhaupt die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts abringen zu können. Von dieser Fessel müsse man sich jetzt befreien. «Der Optionszwang zeugt von dem Misstrauen, mit dem der Staat auf die Kinder von Migrantinnen schaut», sagte Beck.

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, sagte, er hoffe auf Veränderungen nach der Bundestagswahl. Er wies darauf hin, dass mehr als die Hälfte der Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit vollzogen würden. So dürfen etwa EU-Bürger ihre Staatsangehörigkeit behalten, wenn sie Deutsche werden.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach nannte die Optionspflicht einen «Anachronismus». Für alle, die in Deutschland geboren würden, müsse klar sein, dass sie dazugehörten.

Die Unterzeichner des Aufrufs machten darauf aufmerksam, dass es bei doppelten Staatsbürgerschaften keine Loyalitätsprobleme geben müsse. So könne über Abkommen zwischen Staaten geregelt werden, dass

Wahlrecht und Wehrdienst dort wahrgenommen würden, wo der Lebensmittelpunkt liege. Die Frage des Wehrdienstes wird häufig von Befürwortern der Optionspflicht ins Feld geführt.

SPD-Generalsekretär Hubertus Heil unterstützte den Aufruf. In der großen Koalition seien alle Anläufe, die Optionspflicht abzuschaffen, von der Union «sabotiert» worden. Doch die Regelung spalte und müsse ersatzlos gestrichen werden.

Auch die migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sevim Dagdelen, begrüßte den Aufruf. Die Versprechungen der SPD ließen sich hingegen nicht ernst nehmen. Die rot-grüne Bundesregierung habe gemeinsam mit der Union die Optionspflicht eingeführt.

Im vergangenen Jahr waren rund 3.300 18-Jährige vom Optionszwang betroffen. Bis 2017 sei jährlich mit 3.800 bis 7.000 Menschen zu rechnen, die eine Staatsbürgerschaft wählen müssten. Ab 2018 seien es 40.000 pro Jahr, erläuterten die Unterzeichner.

Der Aufruf kann im Internet online unterschrieben werden (www.wider-den-optionszwang.de). Zu den Erstunterzeichnern gehören unter anderem die Migrationsforscher Klaus Bade und Dieter Oberndörfer, der Vorsitzende des Interkulturellen Rates, Jürgen Micksch, die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU), die Vorsitzenden der Migrationskommissionen der beiden großen Kirchen, Präses Alfred Buß und Weihbischof Josef Voß, der Schriftsteller Navid Kermani sowie die Präsidenten von Diakonie und Caritas, Klaus-Dieter Kottnik und Peter Neher.

epd juw rks
241443 Jun 09

EPD

Meldung vom 2009-06-24 12:28:00

Kampagne zu Reform des Staatsbürgerschaftsrechts gestartet
Gewerkschaften/Verbände/Integration/

Berlin (epd). Persönlichkeiten aus Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft und Politik haben eine Kampagne für eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts gestartet. Unter dem Titel «Sie gehören zu uns! Aufruf wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes» werben die rund 30 Unterzeichner dafür, dass sich in Deutschland geborene Kinder von Ausländern nicht mit 18 Jahren für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen. Die Kampagne wurde am Mittwoch in Berlin vorgestellt.

Seit dem Jahr 2000 erhalten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn mindestens ein Elternteil ein Daueraufenthaltsrecht besitzt. Für einen Übergang galt dies auch für Kinder unter zehn Jahren. Seitdem werden qua Geburt jährlich rund 40.000 Kinder ausländischer Eltern Deutsche. Zudem haben sie die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern. Wenn sie volljährig werden, müssen sie sich jedoch für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden, was als Optionsrecht bezeichnet wird.

Die beiden ehemaligen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP) und Marieluise Beck (Grüne), die neben der ersten Ausländerbeauftragten Liselotte Funcke (FDP) zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören, sprachen von einer Ungerechtigkeit, die beseitigt werden müsse. Der Optionszwang sei 2000 eingeführt worden, um der Union überhaupt die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts abringen zu können. Von dieser Fessel müsse man sich jetzt befreien. «Der Optionszwang zeugt von dem Misstrauen, mit dem der Staat auf die Kinder von Migrantinnen schaut», sagte Beck.

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, sagte, er hoffe auf Veränderungen nach der Bundestagswahl. Er wies darauf hin, dass mehr als die Hälfte der Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit vollzogen würden. So dürfen etwa EU-Bürger ihre Staatsangehörigkeit behalten, wenn sie Deutsche werden.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach nannte den Optionszwang einen «Anachronismus». Für alle, die in Deutschland geboren würden, müsse klar sein, dass sie dazugehörten.

Die Unterzeichner des Aufrufs machten darauf aufmerksam, dass es bei doppelten Staatsbürgerschaften keine Loyalitätsprobleme geben müsse. So könne über Abkommen zwischen Staaten geregelt werden, dass Wahlrecht und Wehrdienst dort wahrgenommen würden, wo der

Lebensmittelpunkt liege. Die Frage des Wehrdienstes wird häufig von Befürwortern des Optionsrechts ins Feld geführt.

Im vergangenen Jahr waren rund 3.300 18-Jährige vom Optionszwang betroffen. Bis 2017 sei jährlich mit 3.800 bis 7.000 Menschen zu rechnen, die eine Staatsbürgerschaft wählen müssten. Ab 2018 seien es 40.000 pro Jahr, erläuterten die Unterzeichner.

Der Aufruf kann im Internet online unterschrieben werden (www.wider-den-optionszwang.de). Zu den Erstunterzeichnern gehören unter anderem die Migrationsforscher Klaus Bade und Dieter Oberndörfer, die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU), die Vorsitzenden des Migrationskommissionen der beiden großen Kirchen, Präses Alfred Buß und Weihbischof Josef Voß, der Schriftsteller Navid Kermani sowie die Präsidenten von Diakonie und Caritas, Klaus-Dieter Kottnik und Peter Neher.

epd juw jup
241228 Jun 09

KNA

Meldung vom 2009-06-24 13:19:00

Bündnis fordert Änderung am Staatsbürgerschaftsrecht

Ausländer/Recht/ZF1/

Berlin (KNA) Ein Bündnis aus Politik, Wissenschaft und Kirchen hat eine Ausweitung des Staatsangehörigkeitsrechts gefordert. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sollten sich mit 18 Jahren nicht länger für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen. Die Experten sprachen sich am Mittwoch in Berlin für eine Neuregelung des entsprechenden Gesetzes aus dem Jahr 2000 aus.

Bislang müssen sich nach dem 1. Januar 2000 geborene sogenannte Optionskinder bei Erreichen der Volljährigkeit zwischen der deutschen und der elterlichen Staatsangehörigkeit entscheiden. Zu den Unterstützern des Aufrufs «Wider den Optionszwang!» zählen auch Kirchenvertreter, so die Präsidenten der Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie, Prälat Peter Neher und Klaus-Dieter Kottnik, und der Vorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Weihbischof Josef Voß.

Die ehemalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck (Grüne), nannte das unter Rot-Grün verabschiedete Optionsmodell einen Fehler. Er sei «in der Turbulenz um die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts» begangen worden. Es passe nicht zu einer modernen Gesellschaft, noch das Abstammungsrecht als Grundlage der Staatsangehörigkeit zu betrachten. Der Optionszwang mache Misstrauen zur Basis zwischen den Eingebürgerten und dem Staat.

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, bewertete den Optionszwang als «sinnlose Regelung». Bei jenen, die von den Behörden «in schroffer Tonlage» angeschrieben würden, komme die Botschaft an, dass sie nicht dazugehörten. Das mache es jungen Menschen schwerer, sich in Deutschland heimisch zu fühlen.

Die ehemalige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), würdigte das vor zehn Jahren eingeführte Staatsangehörigkeitsrecht als «Durchbruch, den es ohne den Optionszwang nicht gegeben hätte». Damals sei es darum gegangen, «einen Fuß in der Tür zu haben». Die Optionspflicht bedeute allerdings eine «eklatante Ungleichbehandlung». Zu den weiteren Unterstützern des Aufrufs gehören der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) sowie die Wissenschaftler Klaus J. Bade und Dieter Oberndörfer.

Derweil warf SPD-Generalsekretär Hubertus Heil der Union vor, die Optionsregelung 1999 erzwungen zu haben. In der großen Koalition seien alle Anläufe zu einer Reform sabotiert worden. Heil forderte, die Regelung «ersatzlos zu streichen».

Laut Bündnis stößt das Vorhaben bei allen Parteien bis auf die CDU/CSU auf breite Unterstützung. Allerdings gebe es auch bei Christdemokraten «ein Nachdenken». Den Angaben zufolge waren im Jahr 2008 rund 3.300 junge Menschen von der Regelung betroffen. Bis 2017 kämen jährlich 3.800 bis 7.000 «Optionskinder» dazu.

vo3/cst/cas/

241319 Jun 09

KNA

Meldung vom 2009-06-24 17:02:00

Regierung gegen Änderung am Staatsbürgerschaftsrecht

Ausländer/Recht/ZF2/

Berlin (KNA) Ein Bündnis aus Politikern, Wissenschafts- und Kirchenvertretern hat eine Ausweitung des Staatsangehörigkeitsrechts gefordert. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sollten sich mit 18 Jahren nicht länger für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen. Die Experten sprachen sich am Mittwoch in Berlin für eine Neuregelung des entsprechenden Gesetzes aus dem Jahr 2000 aus. Für die Bundesregierung verteidigte Integrations-Staatsministerin Maria Böhmer (CDU) das geltende Recht. Es biete «die Chance für eine bewusste Entscheidung».

Böhmer erklärte, für eine fundierte Bewertung sei es noch viel zu früh. Die Union wolle zunächst auf «aussagekräftige Ergebnisse» warten. Die Kritik einiger Unterstützer des Aufrufs sei «eine völlige Verkennung der Realität». Viele trügen selbst Verantwortung für das Gesetz.

Derzeit müssen sich nach dem 1. Januar 2000 geborene sogenannte Optionskinder bei Erreichen der Volljährigkeit zwischen der deutschen und der elterlichen Staatsangehörigkeit entscheiden. Zu den Unterstützern des Aufrufs «Wider den Optionszwang!» zählen auch Kirchenvertreter, so die Präsidenten der Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie, Prälat Peter Neher und Klaus-Dieter Kottnik, und der Vorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Weihbischof Josef Voß.

Die frühere Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck (Grüne), nannte das unter Rot-Grün verabschiedete Optionsmodell einen Fehler. Er sei «in der Turbulenz um die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts» passiert. Es passe nicht zu einer modernen Gesellschaft, noch das Abstammungsrecht als Grundlage der Staatsangehörigkeit zu betrachten. Der Optionszwang mache Misstrauen zur Basis zwischen Eingebürgerten und Staat.

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, bewertete den Optionszwang als «sinnlose Regelung». Bei jenen, die von den Behörden «in schroffer Tonlage» angeschrieben würden, komme die Botschaft an, dass sie nicht dazugehörten.

Die ehemalige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), würdigte das vor zehn Jahren eingeführte Staatsangehörigkeitsrecht einerseits als «Durchbruch, den es ohne den Optionszwang nicht gegeben hätte». Damals sei es darum gegangen, «einen Fuß in der Tür zu haben». Die Optionspflicht bedeute andererseits aber eine «eklatante Ungleichbehandlung». Zu den weiteren Unterstützern des Aufrufs gehören der frühere

SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) sowie die Wissenschaftler Klaus J. Bade und Dieter Oberndörfer. Auch die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und das Deutsche Kinderhilfswerk sprachen sich für eine Neuregelung aus.

Derweil warf SPD-Generalsekretär Hubertus Heil der Union vor, die Optionsregelung 1999 erzwungen zu haben. In der großen Koalition seien alle Anläufe zu einer Reform sabotiert worden. Heil forderte, die Regelung ersatzlos zu streichen. Diese Forderung bezeichnete die migrationspolitische Sprecherin der Links-Fraktion, Sevim Dagdelen, als «heuchlerisch und verlogen». Immerhin sei es die rot-grüne Bundesregierung gewesen, die die nun geltende Regelung einführte.

Laut Bündnis stößt das Vorhaben bei allen Parteien bis auf die CDU/CSU auf breite Unterstützung. Allerdings gebe es auch bei Christdemokraten «ein Nachdenken». Den Angaben zufolge waren im Jahr 2008 rund 3.300 junge Menschen von der Regelung betroffen. Bis 2017 kämen jährlich 3.800 bis 7.000 «Optionskinder» dazu.

vo3/cst/cas/

241702 Jun 09

Kampagne für Doppelpass

*Aufruf zur Änderung des
Staatsbürgerschaftsrechts*

BERLIN. „Sie gehören zu uns“. Unter diesem Motto fordert ein Bündnis von Vertretern aus Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. Ziel ist es, dass in Deutschland geborene Kinder von Ausländern dauerhaft die doppelte Staatsangehörigkeit erhalten. Derzeit seien die jungen Leute „Deutsche auf Abruf“, heißt es in der Kampagne, die gestern vorgestellt wurde.

In Deutschland geborene Kinder von Ausländern müssen sich im Alter zwischen 18 und 23 Jahren entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten möchten oder die ihrer Eltern. Eingeführt wurde dieses sogenannte Optionsmodell unter der rot-grünen Bundesregierung im Jahre 2000. Vorher war im Staatsbürgerschaftsrecht die Blutszugehörigkeit entscheidend: Nur das Kind Deutscher konnte den deutschen Pass bekommen.

Seit der Neuregelung erhalten in Deutschland geborene Kinder von Ausländern automatisch den deutschen Pass, wenn ein Elternteil ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht besitzt. Seitdem bekommen rund 40 000 Kinder jährlich neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern einen deutschen Pass. Sie müssen sich aber als junge Erwachsene zwischen dem deutschen Pass und der zweiten Staatsangehörigkeit entscheiden. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören die drei früheren Ausländerbeauftragten Marie-Luise Beck, Lieselotte Funcke und Cornelia Schmalz-Jacobsen. Die derzeitige Ausländerbeauftragte, Maria Böhmer (CDU), lehnte die Forderung ab. (sav.)

Staatsbürgerschaft

Deutsche unter Vorbehalt

VON URSULA RÜSSMANN

Wehrdienst leisten und dann ausbürgert werden? Den Bundestag mitwählen und dann kassiert die Behörde den deutschen Pass? Das könnte demnächst Zehntausenden Migranten hierzulande blühen, ohne dass sie sich etwas haben zuschulden kommen lassen. Grund ist ein Passus im Staatsangehörigkeitsgesetz von 2000: der Optionszwang. Er stellt Kinder ausländischer Eltern, die sowohl die Staatsangehörigkeit der Eltern haben wie einen deutschen Pass, vor die Wahl. Im Alter von 18 bis 23 Jahren müssen sie ihren ausländischen Pass abgeben, sonst bürgert Deutschland sie aus. Seit 2008 läuft für die ersten Betroffenen, die seither 18 geworden sind, der Countdown. Höchste Zeit, Schluss zu machen mit dem integrationspolitischen Unsinn, meint ein breites Bündnis von Sozialverbänden, Experten, Juristen und Kirchen.



Zwei Pässe verbietet ihm das Gesetz (Bild: dpa)

Am heutigen Mittwoch stellen sie in Berlin ihren Aufruf vor "Sie gehören zu uns! Wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes". Er liegt der FR vor. Auf der Unterzeichnerliste findet sich geballter migrationspolitischer Sachverstand: Mit Marieluise Beck (Grüne), Cornelia Schmalz-Jacobsen und Liselotte Funcke (beide FDP) haben alle drei Amtsvorgängerinnen der jetzigen Migrationsbeauftragten Maria Böhmer (CDU) unterschrieben, ferner Rita Süssmuth (CDU) und der Chef des Sachverständigenrates für Migration, Klaus Bade. Dabei sind auch Arbeiterwohlfahrt, Kinderhilfswerk, Diakonie und der DGB.

Falsches Signal, sagen Kritiker

Die Gegner des Optionszwangs haben gute Argumente: Das integrationspolitische Signal sei fatal, weil Menschen wie "Deutsche auf Abruf" behandelt würden. Kenan Kolat, Chef der Türkischen Gemeinde in Deutschland, sieht einen Identitäts- und Loyalitätskonflikt auf die Betroffenen zukommen: "Jetzt könnte die Regierung die jungen Leute für sich gewinnen, indem sie auf den Optionszwang verzichtet." Hinzu kommt: 50 Prozent aller Eingebürgerten dürfen ohnehin ihren Herkunftspass behalten - weil sie aus der EU kommen oder besondere Härten vorliegen.

Optionskinder

Dramatisch wachsen wird die Gruppe der sogenannten Optionskinder, die seit vergangem Jahr vor die Wahl gestellt sind, sich zwischen zwei Pässen zu entscheiden. 2008 waren bundesweit 3300 Menschen betroffen, in diesem Jahr werden 3900 unter die Regelung fallen.

Danach steigt die Zahl der Betroffenen kontinuierlich. Ab 2018 wird sie bei jährlich 40.000 liegen, so die Bundesmigrations-Beauftragte Maria Böhmer.

Seit dem Jahr 2000 gibt es im deutschen Recht Optionskinder. Damals trat das neue Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in Kraft. Kinder ausländischer Eltern, die nach dem 1. Januar 2000 in Deutschland geboren wurden, haben von Geburt an sowohl die Staatsangehörigkeit der Eltern als auch die deutsche. Die Bedingung dafür ist, dass ein Elternteil mindestens acht Jahre rechtmäßig hier gelebt und eine unbefristete Aufenthalts-Erlaubnis haben muss.

Entscheiden müssen sich die Kinder im Alter von 18 bis 23 Jahren, so regelt es der Paragraf 29 des StAG. Geben sie ihren ausländischen Pass in dem Zeitraum nicht ab, verlieren sie automatisch ihren deutschen.

Eine Übergangsklausel im Gesetz machte auch für solche Ausländerkinder den Weg zum befristeten Doppelpass frei, die im Jahr 2000 schon geboren und jünger als zehn waren. Bedingung hierfür war, dass ihre Eltern die doppelte Staatsbürgerschaft bis Ende 2000 beantragen. Diese Kinder sind nun die ersten, für die der Optionszwang greift.

Ein Recht auf Einbürgerung haben darüber hinaus Ausländer, die seit acht Jahren hier leben und auf Dauer bleiben dürfen. Allerdings müssen sie einige Voraussetzungen erfüllen: Sie müssen ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe bestreiten, gut deutsch sprechen, den im

Im Bundestag sind die Gegner des Optionszwangs in der Mehrheit - rechnerisch. Grüne, Linke und Sozialdemokraten wollen ihn abschaffen. SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz zur FR: "Ein bürokratisches Monstrum, das Menschen quält." Er wünscht sich im Einbürgerungsrecht "mehr Großzügigkeit bei der Hinnahe der doppelten Staatsbürgerschaft, jedenfalls bei der ersten Zuwanderergeneration".

Aber mit der Union ist das nicht zu machen. Fraktionsvize Wolfgang Bosbach kann sich zwar die Abkehr vom Optionsmodell vorstellen, "aber nicht mehr doppelte Staatsbürgerschaften". Wer Deutscher werden wolle, "muss sich vorbehaltlos zur deutschen Staatsangehörigkeit bekennen". Im Klartext: Abschaffung des Optionszwangs nur bei Rückkehr zum alten Abstammungsrecht von vor 2000, danach sind Kinder von Ausländern qua Geburt Ausländer.

Schlechte Chancen für Änderung

Auch nach der Bundestagswahl stehen die Chancen auf Wandel schlecht. Die FDP, die auf eine Koalition mit der CDU/CSU hinarbeitet, passt sich dem Unionsjargon an. Hartfrid Wolff, ausländerpolitischer Sprecher, findet es "wenig hilfreich", die Optionsregel "schon nach den ersten betroffenen Jahrgängen in Frage zu stellen". Sie sei "eine Chance für jeden Betroffenen, sich darüber klar zu werden, wo er seine Zukunft sieht", sagt er der FR. Wer sich gegen den deutschen Pass entscheide, wolle sich "vor allem auch emotional nicht vollständig integrieren".

Das klang Anfang 2008 noch ganz anders. Damals forderte die FDP zusammen mit SPD, Grünen und Linken Gespräche über Korrekturen am Optionszwang. Zuvor hatten Sachverständige im Innenausschuss, auch konservative Staatsrechtler, die Regel als völligen Verhau bewertet.

Bleibt noch Maria Böhmer, qua Amt quasi Bundes-Fachfrau in Sachen Einbürgerung. Doch sie wiegelt ab: abwarten und schauen, wie sich die Optionskinder entscheiden. Böhmer rät, erstmal die "Information und Beratung der Betroffenen" zu verbessern.

Betroffene berichten

Aufgezeichnet von Nadja Erb

Als der Brief kam, in dem stand, dass ich mich entscheiden muss zwischen meiner deutschen und meiner türkischen Staatsbürgerschaft, hat mich mein Vater beiseite genommen und gesagt: "Mein Sohn, du wirst nicht in der Türkei leben, sondern hier. Und hier wird es dir viel besser gehen mit der deutschen Staatsbürgerschaft." Aber für mich war sowieso klar, wo ich mein Kreuzchen mache. Ich bin doch Hesse von Geburt, war hier im Kindergarten und in der Schule, werde hier studieren, arbeiten und ich werde wohl auch hier sterben. Klar bin ich auch Türke, wie meine Familie. Und die ist für mich sehr wichtig. Das sind meine Wurzeln, das gehört zu meiner Identität. Aber die gebe ich ja nicht auf, wenn ich in den nächsten Tagen im Konsulat meine türkische Staatsbürgerschaft zurückgebe. Das ist für mich nur Papierkram; ich bleibe doch trotzdem, wie ich bin.

Cihan Ö., 19 Jahre alt

Ich bin zu einem Drittel Kroatian, weil meine Mutter Kroatian ist, zu einem Drittel Bosnierin, weil meine Mutter Bosnierin ist, und zu einem Drittel Deutsche, weil ich hier geboren bin. Noch habe ich alle drei Staatsbürgerschaften, und ich sehe überhaupt nicht ein, warum ich sie abgeben soll. Es ist doch nichts Schlechtes daran, eine Deutschkroatian zu sein! Seit ich den Bescheid von der Einbürgerungsbehörde bekommen habe, fühle ich mich bedrängt. Ich bin wirklich unsicher, wie ich mich entscheiden soll. Wenn ich die deutsche Staatsangehörigkeit aufgebe, darf ich hier nicht mehr wählen. Das ist schon ein Knackpunkt für mich. Besonders ungerecht ist, dass ich mehrere Staatsbürgerschaften behalten könnte, wenn die Länder EU-Mitglied wären. Ich muss mich bis Ende November 2010 entscheiden, Kroatian tritt vermutlich 2011 der EU bei. Das ist doch absurd!

Emina Lemens, 18 Jahre alt

Ich habe ja noch ein paar Jahre Zeit, aber wenn ich mich zwischen meiner persischen und meiner deutschen Staatsbürgerschaft entscheiden muss, nehme ich die deutsche. Ich werde ja hier leben, da habe ich mit der deutschen einfach weniger bürokratische Probleme, kann leichter studieren und reisen. Ich verstehe aber nicht, warum ich nicht Iraner und Deutscher sein kann. Das spiegelt doch meine beiden Seiten am besten wieder. Der Iran ist mein Herz, meine Heimat, mein Stolz. Ein Großteil der Familie lebt da, viele meiner Freunde sind Iraner. Deutschland wiederum ist das Land, in dem ich geboren bin, das mir mehr Möglichkeiten bietet. Dass der Staat mich zwingt, meine persische Staatsbürgerschaft aufzugeben, damit vermittelt er den Eindruck, er will hier keine Ausländer haben, sondern nur reine Deutsche.

Jubin Husseinifard, 13 Jahre alt

Herbst 2008 eingeführten
Einbürgerungstest bestanden
haben und dürfen nicht wegen
einer Straftat verurteilt sein.
Wer besondere
Integrationsleistungen
vorweisen kann, etwa viel
ehrenamtliches Engagement,
kann schon nach sechs Jahren
eingebürgert werden.

Die Herkunfts-
Staatsangehörigkeit müssen
die Eingebürgerten allerdings
aufgeben - es sei denn, das
brächte ihnen unzumutbare
Nachteile (etwa beim Erbrecht)
oder ihr Herkunftsstaat entlässt
sie nicht.

Auch bei EU-Bürgern und
Spätaussiedlern ist der
Doppelpass erlaubt. Die Zahl
der Einbürgerungen ist allem
Werben für den deutschen Pass
zum Trotz 2008 auf einen
Tiefstand gefallen: 94.500
Ausländer wurden Deutsche,
nur noch halb so viele wie kurz
nach dem Inkrafttreten des
neuen
Staatsangehörigkeitsrechts.

Die Grünen machen vor allem
den Einbürgerungstest und
"Willkür bei der Gewährung von
Mehrstaatigkeit" dafür
verantwortlich.

Mit steigenden Zahlen rechnet
die Integrationsbeauftragte
Maria Böhmer (CDU) schon für
2009, wie sie der FR sagte. Der
Grund dafür seien
Verzögerungen bei der
Abwicklung der neuen
Einbürgerungstests im Jahr
2008. Laut Böhmer ist der Test
übrigens keine
Einbürgerungshürde: Im ersten
Quartal 2009 hätten ihn 99
Prozent der Teilnehmer
bestanden. ru

[document info]
Copyright © FR-online.de 2009
Dokument erstellt am 23.06.2009 um 17:56:04 Uhr
Letzte Änderung am 23.06.2009 um 22:23:47 Uhr
Erscheinungsdatum 24.06.2009

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1809325&em_loc=1231

Aufruf zur Abschaffung des Optionszwangs

Redaktion, 25. Juni 2009 | Kategorie: [Leitartikel](#)

[Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens](#), darunter Rita Süßmuth, Hans-Jochen Vogel sowie Repräsentanten von Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und der Evangelischen und Katholischen Kirche fordern unter der Leitung des Interkulturellen Rates in Deutschland mit dem Aufruf „[Sie gehören zu uns! – Wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes](#)“ die sofortige Abschaffung des Optionszwangs im Staatsangehörigkeitsrecht.

Der im Jahr 2000 im Staatsangehörigkeitsrecht verankerte Optionszwang führt dazu, dass Kinder nichtdeutscher Eltern, die mit ihrer Geburt auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben, sich mit Vollendung des 18. Lebensjahres zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden müssen. Seit Januar 2008 gibt es die ersten jungen Erwachsenen, die vom sogenannten Optionszwang betroffen sind, von Jahr zu Jahr werden es mehr.



Wider den Optionszwang - Interkultureller Rat

„Alle Deutschen dürfen mit der Vollendung des 18. Lebensjahres wählen – und manche werden zu einer Wahl gezwungen: Sie sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Sie leben als Deutsche in Deutschland. Doch im Unterschied zu ihren gleichaltrigen Landsleuten müssen sie sich für oder gegen die Staatsangehörigkeit ihres Landes entscheiden: Zehntausende junge Erwachsene fallen in den kommenden Jahren unter den Optionszwang des deutschen Staatsangehörigkeitsrechtes. Sie sind Deutsche auf Abruf – bis zum Widerruf.“, so der Interkulturelle Rat.

SPD: Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht muss weg!

Anlässlich der Aktion erklärte die SPD, dass sie „mit ganzem Herzen den Aufruf des Interkulturellen Rates in Deutschland unterstützt. Die SPD wollen ebenso, dass Kinder, die in Deutschland geboren sind und deren ausländischen Eltern ihren Lebensmittelpunkt seit langem in Deutschland haben, automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen – und sie auch behalten!“

„Mit unserer Reform des Staatsangehörigkeitsrecht 2000 haben wir den überfälligen Anlauf unternommen, dass Staatsangehörigkeitsrecht vom nationalistischen Mief der Kaiserzeit zu befreien (1913 in Kraft getreten!). Neben das bis dahin allein geltende Abstammungsprinzip sollte gleichberechtigt das Territorialprinzip treten: Deutscher ist grundsätzlich, wer von deutschen Eltern abstammt oder in Deutschland geboren ist.“, so die SPD.

Aufgrund der Verweigerung von CDU/CSU in Bundestag und Bundesrat sei die SPD zu der heute vorliegenden Optionsregelung gezwungen worden. Auch in der großen Koalition seien alle Anläufe der SPD „sabotiert“ worden.

Diese Regelung spalte. Sie trage unnötige und oft tief greifende Konflikte in ganze Familien hinein. Diese Regelung müsse ersatzlos gestrichen werden. Die SPD akzeptiere doppelte Staatsbürgerschaften. Die SPD wolle, dass sich die Menschen selbstbewusst mit Deutschland und auch mit ihrer Herkunft identifizieren können. Allen müsse klar sein: „Das ist mit der Union an keiner Stelle zu erreichen.“

Bei einer Anhörung im Deutschen Bundestag im Dezember letzten Jahres hatten – bis auf den Gutachter der Unionsfraktionen – alle Sachverständigen die Abschaffung der Optionsregelung empfohlen.

Die Grünen: Verlust der Staatsbürgerschaft stoppen

Auch die grüne Bundestagsfraktion begrüße den Aufruf ausdrücklich, denn integrationspolitisch sei der sogenannte Optionszwang völlig verfehlt. Integration bedeutet Teilhabe durch gleiche Rechte und Pflichten. Um dies zu erreichen, müsste der Erwerb der Staatsbürgerschaft gefördert werden, nicht ihr Verlust. „Daher haben wir auch einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Bundestag eingebracht.“, so die Grünen.

Zwar sei das Staatsangehörigkeitsrecht 1999 unter Rot-Grün gründlich modernisiert und das Geburtsrecht eingeführt worden, damit in Deutschland geborene Kinder nichtdeutscher Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an erhalten. Aber der schwarz-gelb dominierte Bundesrat habe der Reform damals nur unter der Bedingung zugestimmt, dass bei Volljährigkeit zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und derjenigen der Eltern gewählt werden muss.

Die SPD setze sich in ihrem Bundestagswahlprogramm wortgewaltig für den Doppelpass ein. Beide Parteien würden in Kürze Gelegenheit erhalten, Farbe zu bekennen: „Wir Grünen werden in der kommenden Sitzungswoche im Bundestag unseren Gesetzesentwurf zur Abschaffung des sogenannten Optionsmodells zur Abstimmung stellen. Dann gilt es, Gesicht zu zeigen – für Integration und gegen Ausgrenzung!“

Außerdem, so die Grünen, müssten auch die Einbürgerungsbedingungen verbessert werden, um dem Ziel der rechtlichen Integration gerecht zu werden. Der jahrelange Rückgang der Einbürgerungszahlen zeige: „Noch immer ist es in Deutschland zu schwierig, die Staatsbürgerschaft zu erlangen und zu einfach, sie zu verlieren.“

Die Linke: SPD setzt im Wahlkampf auf Vergesslichkeit der Migranten

„Die SPD baut offenbar auf die Vergesslichkeit von Migrantinnen und Migranten. Im Wahlkampf ist sie plötzlich zu Dingen

bereit, die sie noch vor gar nicht allzu langer Zeit im Bundestag rundweg abgelehnt hat. Bestes Beispiel dafür ist die Abschaffung der so genannten Optionspflicht und die damit verbundene generelle Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft. Das ist heuchlerisch und verlogen“, kommentierte Sevim Dagdelen, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion, die ungewöhnlich heftige Kritik der SPD an der Optionsregelung. Die SPD propagiere die generelle Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft nicht zum ersten Mal. Die Linke hingegen unterstütze den Aufruf.

“Die gleichlautenden Versprechungen der SPD hingegen kann man nicht ernst nehmen. Immerhin war es die rot-grüne Bundesregierung, die gemeinsam mit der Union die jetzt geltende Regelung einführte. Unsere Anträge zur Abschaffung des Optionszwangs und für ein kommunales Wahlrecht für Menschen aus Nicht-EU-Staaten wurden dagegen abgelehnt.“, so Dagdelen.

[Hier](#) geht es zur Unterschriftenkampagne des Interkulturellen Rates.

Bundesregierung gegen generelle Mehrstaatigkeit

Unterdessen [empfahl](#) der Innenausschuss mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD und FDP dem Bundestag am 23. Juni 2009, den Gesetzesentwurf der Grünen zur Streichung der Optionsregelung aus dem Staatsangehörigkeitsrecht, abzulehnen.

Auch teilte die Bundesregierung bereits am 9. Juni 2009 in einer [Antwort](#) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke mit, dass sie “für den Regelfall” an der Vermeidung von Mehrstaatigkeit festhalte. Das Anfang September 2005 für Deutschland in Kraft getretene Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit überlasse es den Vertragsstaaten, ob sie Mehrstaatigkeit vermeiden wollen.

Dies, obwohl noch Mitte Juni das Statistische Bundesamt [mitgeteilt](#) hatte, dass im vergangenen Jahr 13 503 von insgesamt 14 029 EU-Bürgern (96,3 %) unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit eingebürgert wurden. Bei Bürgern aus den sog. “EWR-Staaten/Schweiz” betrug die Einbürgerungsquote unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit über 95 %, bei Bürgern aus den übrigen europäischen Ländern 51,4 %, bei Afrikanern 62,7 %, bei Amerikanern 74,9 %, bei Asiaten 62,8 % und 87,7 % bei Bürgern aus Australien und Ozeanien.

Ausgedruckt aus MiGAZIN: <http://www.migazin.de>

Artikel URL: <http://www.migazin.de/2009/06/25/interkultureller-rat-fordert-abschaffung-des-optionszwangs/>

Copyright © 2009 MiGAZIN. All rights reserved.

Deutsche auf Abruf – bis auf Widerruf

Kampagne setzt sich für Abschaffung des Optionszwangs im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht ein

Von Ina Beyer

Mit 18 Jahren müssen sich als Deutsche geborene Kinder ausländischer Eltern entscheiden: Deutsch bleiben oder die andere Staatsangehörigkeit annehmen? Schuld ist der Optionszwang.

Jedes Jahr kommen in Deutschland etwa 40 000 Kinder ausländischer Eltern als Deutsche zur Welt. Mit dem »Geburtsortsprinzip«, das im Jahr 2000 im Zuge der Generalüberholung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts in selbiges aufgenommen wurde, erhalten sie die deutsche und eine weitere Staatsangehörigkeit – vorausgesetzt, zumindest ein Elternteil besitzt ein Daueraufenthaltsrecht in der Bundesrepublik. Doch die Sache hat einen entscheidenden Haken: Mit dem Erreichen der Volljährigkeit müssen sich die Kinder für eine von beiden Staatsbürgerschaften entscheiden.

Eine Kampagne setzt sich nun für die Abschaffung dieses Optionszwangs ein. Rund 30 Personen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen gehören zu den Erstunterzeichnern eines entsprechenden Aufrufs. Unterschrieben haben etwa die ehemaligen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), Marieluise Beck (Grüne) und Liselotte Funcke (FDP), der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat oder der Schriftsteller und Publizist Navid Kermani.

Aufgrund einer Übergangsregelung konnten ab 2000 auch unter 10-jährige Kinder auf Antrag die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Nun sind diese Jugendlichen die ersten, die sich entscheiden müssen, ob sie Deutsche bleiben wollen oder nicht. Nach Angaben des Politikwissenschaftlers Axel Schulte von der Universität Hannover, der ebenfalls zu den Erstunterzeichnern gehört, sind schon jetzt etwa 5000 Jugendliche betroffen. Ab dem Jahr 2018 werden es jährlich etwa 40 000 sein.

Marieluise Beck bezeichnete bei der Vorstellung der Kampagne am Mittwoch in Berlin die Einführung des Optionszwangs im nachhinein als einen »Fehler«. Damals sei er in das Gesetz aufgenommen worden, damit alle politisch Beteiligten ihr Gesicht wahren konnten. Cornelia Schmalz-Jacobsen gab zu bedenken: »Es wäre niemals zum Geburtsortsrecht gekommen, wenn gleichzeitig auf den Optionszwang verzichtet worden wäre.«

Beck hält es nach zehn Jahren jetzt für an der Zeit, den Fehler von damals zurückzunehmen und das Staatsangehörigkeitsrecht an die Erfordernisse einer modernen Gesellschaft anzupassen. Auch Schmalz-Jacobsen hofft, dass nach der Bundestagswahl eine wie dann auch immer farblich zusammengesetzte Regierung »mehr Realitätssinn« beweist und erkennt: »Einbürgerung auf Abruf ist einfach abstrus«.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntentbach, ebenfalls Erstunterzeichnerin, kritisierte, dass die Regelung betroffene Jugendliche in persönliche und familiäre Konflikte bringe und zudem zur Ungleichbehandlung führe. »Jugendliche, die aufgrund des Abstammungsrechts auch noch die Staatsangehörigkeit eines EU-Landes besitzen, müssen diese nicht abgeben«, sagte sie und forderte die Hinnahme von Mehrstaatigkeit sowie ein republikanisches Staatsrecht. Die Diskussion werde falsch geführt, bekräftigte Kenan Kolat. In der Realität hätten beispielsweise im Jahr 2007 52,4 Prozent aller Einbürgerungen in Deutschland unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit stattgefunden. Auch der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde hofft auf eine Korrektur im Staatsangehörigkeitsrecht nach der Wahl.

Die Kampagne »Wider den Optionszwang« wirbt jetzt auch um Unterstützung aus der breiten Bevölkerung. Wer den Aufruf unterschreiben möchte, kann dies auf der Webseite tun.

www.wider-den-optionszwang.de

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/151104.deutsche-auf-abruf-8211-bis-auf-widerruf.html>

Deutsche auf Zeit

Von [Zacharias Zacharakis](#)

Schluss mit dem Zwang zur Entscheidung: In Berlin wurde eine Kampagne für die doppelte Staatsbürgerschaft gestartet. Prominente Unterstützer setzen sich dafür ein, dass hier geborene Migrantenkinder künftig auch als Erwachsene zwei Pässe besitzen dürfen.

Berlin - Seit dem vergangenen Jahr landet bei vielen jungen Menschen in Deutschland ein dicker Umschlag im Briefkasten. Behördenpost. Acht Seiten lang, drei weitere Formulare sind angehängt. In dem Schreiben wird umständlich erklärt, dass nun der Moment gekommen ist, in dem sie sich entscheiden müssen.

Mit der Novelle des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 erhalten alle Kinder von Ausländern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ihre Eltern länger als acht Jahre rechtmäßig in Deutschland leben. Rückwirkend kann zudem ein deutscher Pass beantragt werden, wenn in Deutschland geborene Kinder am 1. Januar 2000 höchstens zehn Jahre alt waren.

Faktisch besitzen daher viele junge Deutsche die doppelte Staatsbürgerschaft, obwohl dies laut Gesetz nicht möglich ist. Ausnahmen gelten für EU-Bürger, Spätaussiedler und Kinder aus Ehen zwischen Deutschen und Ausländern. Sie dürfen beide Pässe behalten. Die anderen, die nach und nach das 18. Lebensjahr erreichen, müssen sich nun auf eine Nationalität festlegen.

Zahl der Betroffenen soll auf 40.000 im Jahr steigen

"Wir hoffen, dass dieser Zwang zur Entscheidung mit den Koalitionsverhandlungen für die neue Regierung im Herbst abgeschafft wird", sagt Jürgen Miksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rates in Deutschland. Er ist einer von 27 prominenten Unterstützern der Kampagne "Wider den Optionszwang", die diese Regelung nun aufheben möchte. Zu den Unterzeichnern zählen neben Miksch alle ehemaligen Integrationsbeauftragten der Bundesregierung und Rita Süßmuth.

Nach der jetzigen Gesetzeslage stehen die deutschen Behörden spätestens ab dem Jahr 2018 vor einem gewaltigen Verwaltungsaufwand. Denn dann muss bei jedem nach dem Jahr 2000 geborenen Kind ausländischer Eltern nachgefragt werden, welche Nationalität es behalten will. Die Zahl der Betroffenen soll Miksch zufolge dann auf 40.000 im Jahr anschwellen.

"Optionsrecht war ein fauler Kompromiss"

Zu den Unterstützern der Kampagne zählt auch Kenin Kolat, der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland. Er weist darauf hin, dass bereits heute "mehr als 50 Prozent" der eingebürgerten Deutschen auch einen zweiten Pass besitzen. Diese Zahl ergebe sich durch den hohen Anteil der EU-Bürger und durch die binationalen Ehen.

"Manchmal sind faule Kompromisse das Kind einer Demokratie", sagt Cornelia Schmalz-Jacobsen, die bis 1998 Ausländerbeauftragte der Regierung war. Ein Jahr später, als das neue Staatsbürgerschaftsrecht ausgearbeitet wurde, musste die rot-grüne Regierung aufgrund der Mehrheit der Unionsländer im Bundesrat mit dem Optionsrecht eine Einschränkung hinnehmen.

Natürlich hätte man die Forderung der Unionsländer auch ganz ablehnen können, sagt Schmalz-Jacobsen. Dann wäre das Gesetz gescheitert. "Aber es ist immer besser, einen Fuß in der Tür zu haben."

Ein Problem für eine vollkommen rechtlich institutionalisierte, doppelte Staatsbürgerschaft könnte bei der Frage des Militärdienstes bestehen. In welchem Staat sollen junge Männer dienen, wenn sie zwei oder noch mehr Pässe in der Tasche haben?

Wer den ausländischen Pass nicht abgibt, wird ausgebürgert

"Hier gibt es das rechtliche Instrument der effektiven und der ruhenden Staatsbürgerschaft", erklärt Axel Schulte, Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover. Die Betroffenen könnten sich auf ein Land festlegen, das ihrem Lebensmittelpunkt entspreche und in dem sie auch den Wehrdienst ableisten wollten.

"In der Türkei wird der deutsche Militärdienst voll und ganz anerkannt", sagt Kenin Kolat. Um Rechtssicherheit in dieser Frage zu gewähren, müsse die deutsche Regierung bilaterale Abkommen treffen.

Solange die Optionsregelung weiterhin besteht, haben die Jugendlichen immerhin bis zum 23. Lebensjahr Zeit, eine Entscheidung zu treffen. Wenn sie bis dahin nicht ihren ausländischen Pass abgeben, werden sie ausgebürgert.



URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Integration-Staatsbuengerrecht;art122,2830842>

Integration

Experten fordern Abschaffung vom "Deutschsein auf Abruf"

Kritiker nennen es eine integrationspolitische Zeitbombe: Zehntausende junge Deutsche aus Einwandererfamilien werden in den kommenden Jahren per Amtsbrief aufgefordert, sich für oder gegen die deutsche Staatsbürgerschaft zu entscheiden.

Von Ferda Ataman
24.6.2009 0:00 Uhr

Berlin - Ab 2018 betrifft die sogenannte Optionsregel des Staatsbürgerrechts rund 40 000 Volljährige pro Jahr, die zwischen der Nationalität ihrer Eltern und der deutschen wählen müssen. „Sie sind Deutsche auf Abruf“, kritisieren ehemalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung wie Marieluise Beck (Grüne) oder Liselotte Funcke (FDP) sowie die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU).

Zusammen mit 27 weiteren parteiübergreifenden Politikern und gesellschaftlichen Akteuren starten sie den Aufruf „Sie gehören zu uns! - Wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes“, der von nun an im Internet unterzeichnet werden kann. An diesem Mittwoch wird das fünfseitige Papier erstmals in Berlin vorgestellt, indem der „Optionszwang“ als ungerecht und „bürokratischer Unsinn“ beschrieben wird. Die prominenten Unterzeichner fordern einen schnellen Verzicht auf dieses Modell.

Die sogenannte Optionsregel geht zurück auf die Staatsbürgerschaftsreform von 2000. Seither erhalten in Deutschland geborene Kinder von Ausländern neben der Staatsangehörigkeit der Eltern zusätzlich einen deutschen Ausweis. Vorausgesetzt, die Eltern leben hier mindestens acht Jahre. Die Kinder müssen sich mit 18 Jahren, spätestens aber zum 23. Geburtstag für eine Nationalität entscheiden. Tun sie das nicht, verlieren sie automatisch die deutsche. Eine Sonderregelung besagte, dass damals auch Kinder unter zehn Jahren den deutschen Pass zusätzlich bekommen konnten. Die Ersten aus dieser Gruppe wurden 2008 volljährig. Wie sie sich entschieden haben, wurde bislang nicht zentral erfasst.

Zu den rund 30 Initiatoren der Unterschriftenkampagne zählen ehemalige Verfassungsrichter, Präsidenten von Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaftler. Koordiniert wird die Aktion vom Interkulturellen Rat in Deutschland. „Die gesammelten Unterschriften wollen wir Ende des Jahres der neuen Regierung vorlegen“, sagt Torsten Jäger vom Interkulturellen Rat. „Das Thema wird in der nächsten Legislaturperiode unausweichlich.“

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 24.06.2009)



Staatsbürgerschaft

Migrationskinder sollen nicht wählen müssen

Gewerkschaften, Verbände und Wissenschaftler fordern, dass Migrantenkinder die doppelte Staatsbürgerschaft behalten dürfen

24.6.2009 19:52 Uhr

Der Interkulturelle Rat, ein Bündnis aus Gewerkschaften, Arbeitgebern und Nichtregierungsorganisationen, will erreichen, dass die betroffenen Kinder die doppelte Staatsbürgerschaft behalten können, und hat den Aufruf "Wider den Optionszwang" gestartet. Unterstützt wird er von Migrationsforschern wie Klaus J. Bade, Dieter Oberndörfer und Michael Bommes. Auch der Präsident des Diakonischen Werks der EKD, Klaus-Dieter Kottnik, und die frühere Vorsitzende der Zuwanderungskommission, Rita Süßmuth (CDU), gehören zu den Erstunterzeichnern.

In Deutschland geborene Ausländerkinder sind in der Regel automatisch Deutsche und haben zugleich die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern. Zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr müssen sie sich dann für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Für Kinder, die vor dem 1. Januar 2000 geboren sind, gilt eine Übergangsregelung. Haben die Eltern unterschiedliche Staatsangehörigkeiten, behalten ihre Kinder den Doppelpass auf Dauer.

Unterstützer wie der Hannoveraner Politikwissenschaftler Axel Schulte sehen in dem Optionsmodell ein Integrationshindernis. Auch Annelie Buntenbach aus dem DGB-Vorstand meint: "Für alle, die hier geboren sind, muss klar sein, dass sie dazugehören - und zwar ohne Wenn und Aber." Auch die SPD findet, in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sollten die deutsche Staatsbürgerschaft behalten. "Sie sind Kinder unseres Landes", erklärte SPD-Generalsekretär Hubertus Heil.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), dagegen setzt sich für die Beibehaltung des Wahlmodells ein. Nach Einschätzung Böhmers ist es für eine fundierte Bewertung noch viel zu früh. "Erst im vergangenen Jahr sind die ersten "Optionskinder" volljährig geworden." Außerdem biete das Optionsmodell jungen Menschen "die Chance, sich konkret der Frage zu stellen und sich bewusst für die deutsche Staatsangehörigkeit zu entscheiden".

Der Interkulturelle Rat wurde 1994 gegründet. Ihm gehören Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Religionsgemeinschaften, Migranten- und Menschenrechtsorganisationen, Kommunen und staatlichen Stellen sowie Vertreter aus Medien und Wissenschaft unterschiedlicher Herkunft und Nationalität an.
(sp/dpa)

Der Zwang zur Passwahl soll fallen

STAATSANGEHÖRIGKEIT Laut Gesetz müssen sich zehntausende Jugendliche mit ausländischen Eltern entscheiden, welchen Pass sie abgeben. Diesen „Optionszwang“ will ein breites Bündnis abschaffen

BERLIN taz | Zehntausende junger MigrantInnen müssen sich künftig entscheiden: Welchen ihrer beiden Pässe geben sie ab? Grund dafür ist ein Passus im Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahr 2000: der sogenannte Optionszwang.

Danach bekommen alle in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern neben deren Staatsbürgerschaft automatisch einen deutschen Pass, wenn die Eltern ein Daueraufenthaltsrecht besitzen. Mit 18 Jahren, spätestens aber bis zu ihrem 23. Geburtstag müssen sie einen der beiden Pässe abgeben. Sonst wird ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt.

Mit diesem „integrationspolitischen Unsinn“ soll Schluss sein, fordern nun Persönlichkeiten aus Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft und Politik. Unter dem Titel „Sie gehören zu uns! Aufruf wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes“ werben die rund 30 Unterzeichnerinnen dafür, das Staatsangehörigkeitsrecht zu ändern.

Zu den UnterzeichnerInnen

gehören die drei ehemaligen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung Marieluise Beck (Grüne), Cornelia Schmalz-Jacobsen und Liselotte Funcke (beide FDP). Schmalz-Jacobsen erinnerte daran, dass es die Reform des Staatsangehörigkeitsrecht ohne die Optionspflicht nicht gegeben hätte. Denn nur damit konnte der Union die notwendige Zustimmung abgerungen werden. „Aber

eine Einbürgerung auf Widerruf ist einfach absurd“, sagte die FDP-Politikerin. Der Optionszwang zeuge von „dem Misstrauen, mit dem der Staat auf die Kinder von Migranten schaut“, kritisierte Marieluise Beck.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach nannte den Optionszwang einen „Anachronismus“. Für alle, die in Deutschland geboren würden, müsse klar sein, dass sie dazugehörten. Der Vorsitzende der Türkischen Ge-

meinde in Deutschland, Kenan Kolat, wies darauf hin, dass bereits jetzt mehr als die Hälfte der Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit vollzogen würden. Dies gelte vor allem für EU-Bürger und auch die Einwanderer, deren Herkunftsländer sie nicht aus der Staatsangehörigkeit entlassen.

Von allen Parteien mit Ausnahme der Union habe man bei Vorgesprächen positive Signale erhalten, sagte Jürgen Miksch vom Interkulturellen Rat, der den Aufruf koordiniert hat. „Aber auch in der CDU gibt es ein Nachdenken.“

Im vergangenen Jahr waren über 3.300 18-Jährige vom Optionszwang betroffen. Bis 2017 seien es jährlich bis zu 7.000 Jugendliche; ab 2018 werden es nach Angaben der Unterzeichner jährlich 40.000 sein.

■ Der Aufruf im Internet: www.wider-den-optionszwang.de
SABINE AM ORDE